



Autor/-in: Thilo Adam; Jewgeni Roppel
Seite: 0
Mediengattung: Online News
Weblink: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-10/kiel-gefluechtete-stadtteil-wik-straftaten-diebstaehle>

Jahrgang: 2024
Nummer: 44

Geflüchtete in Kiel

Die Deutschen denken, wir sind die Schlechten

In Kiel soll eine Gruppe Geflüchteter die Gegend um ihre Unterkunft mit Diebstählen, Lärm und Müll terrorisieren. Was Nachbarn und Bewohner des Heims selbst dazu sagen.

Dieser Artikel stammt aus unserem Ressort X.

Da kommt Andrea. Sie hat nur noch ein Auge. Links spannt Haut über der leeren Höhle. Neben der Nase ragen die Köpfe zweier Nägel hervor. "War der Krebs", sagt Andrea. "War knapp vor kurz." Sie stützt sich auf ihren Rollator. Sie sagt: "Die lassen hier die Sau raus." Hier, damit meint sie die Wik, Kiels zweitgrößter Stadtteil, nordwestlich der Innenstadt, zwischen Nordostseekanal und der Förde. Und die, das sind – ja, wer eigentlich genau? Um das herauszufinden, hat nicht nur ZEIT ONLINE wen nach Kiel geschickt, sondern offenbar fast jedes deutsche Medium. Da ist der Focus, hier baut sich RTL auf, dort wartet Sat1.

Wir Reporterinnen und Reporter lungern seit dem vergangenen Mittwoch um einen Supermarktkomplex herum. In dessen Zentrum liegt die Filiale der Lebensmittelkette Famila, daneben: Metzger, Bäcker, Friseur, Aldi. Dort heraus hat Andrea gerade ihren Rollator geschoben, hinein in unser Lungern. Sie wohne ums Eck, in einer Containerunterkunft für wohnungslose Frauen, "zwei Meter weiter haben die ihr erstes Haus", sagt sie. "Hintenraus werfen sie die Kackwindeln aus dem Fenster. Immer sind sie im Pulk unterwegs. Als Einzelperson fühlt man sich inzwischen einfach unwohl."

Die, das sind die Bewohner einer städtischen Geflüchtetenunterkunft. 650 Menschen. Sie leben in den gewaltigen Backsteingebäuden einer ehemaligen Marinetechnikschule. Eigentlich eine sogenannte Notunterkunft, hier soll niemand länger als sechs Monate bleiben. Aber manche sind schon fast zwei Jahre da, auch in Kiel ist Wohnraum knapp. Und über einige von ihnen konnte man

vergangene Woche in den Kieler Nachrichten bemerkenswerte Dinge lesen. In einem Interview sagte der Sozialdezernent der Stadt, Gerwin Stöcken, SPD, dass es eine Gruppe von etwa 30 Personen gebe, "wir würden sie als Roma gelesen einordnen", die lebe nach ihren eigenen Regeln, "zumeist ohne ein Unrechtsbewusstsein". Sie machten Lärm, fielen durch Ladendiebstähle auf, und die Mittel des Rechtsstaats hätten bislang kaum Änderung an ihrem Verhalten bewirkt. "In ihrer Heimat würde ein aufgeflogener Diebstahl in einer Prügelei enden, fertig", sagte Stöcken. Aber hier? Der Sozialdezernent fasst es so zusammen: "Wir verstehen sie nicht – und sie uns nicht."

Die Politik fordert Engagement

Stöcken gesteht in dem Interview eine gewisse Ratlosigkeit ein: Abschieben – erstens – gehe nicht, denn fast alle der betreffenden Personen seien aus der Ukraine geflüchtet, Kriegsland. Man könne sie – zweitens – auch nicht einfach aus der Unterkunft werfen, denn dann wären sie obdachlos und die Stadt damit weiterhin in der Pflicht, sich um sie zu kümmern. Und wegsperren – drittens – gehe natürlich erst recht nicht im Rechtsstaat, die Delikte rechtfertigten in den meisten Fällen bislang schlicht keine Haftstrafen.

Deshalb macht Stöcken dann einen Vorschlag: Es brauche genügend Menschen vor Ort, die sich engagierten. "Die sich zum Beispiel trauen, ihre Wohnung zu verlassen, und den Menschen sagen, dass es keine gute Idee ist, nach 22 Uhr die Musik auf dem Rasen voll aufzudrehen." Das fand nicht nur Andrea einigermaßen empörend. Der da von der Stadt steckt uns hier die Geflüchteten in die Wik und sagt dann einfach: Kümmert euch mal um die Probleme? "Also von

uns traut sich da keine, was zu sagen."

In der Bild-Zeitung steht prompt: "30 Geflüchtete terrorisieren Wohngebiet. Behörden in Kiel sind hilflos. Nachbarn sollen mit den Problemen selbst klarkommen." Kiel-Wik kurz vorm Notstand, so klingt es.

Die Wik ist ein gemischter Stadtteil mit seinen rund 20.000 Einwohnern: kleine Mehrfamilienhäuser, etwas Industrie und der Marinestützpunkt der Bundeswehr. Hier hat die Gorch Fock ihren Liegeplatz. Bei der Bundestagswahl 2021 haben 34 Prozent die Grünen gewählt. Bei der Europawahl im Juni, nach drei Jahren Ampelkoalition, waren es immer noch gut 29 Prozent.

Es ist schwer, ins Gespräch zu kommen

Es nieselt. Trotzdem könnte man versuchen, einmal umzusetzen, was Herr Stöcken vorgeschlagen hat: nicht über die Geflüchteten sprechen, sondern mit ihnen.

Guten Tag, wie geht's?

"Gut, gut", sagt der junge Mann in Lederslippern. Er steht unter dem Vordach des Einkaufszentrums, lächelt mit Zahnücke, wechselt seine Zigarette von der Rechten in die Linke, reicht die Hand und guckt dann in sein Handy. Wie gefällt's Ihnen hier in Kiel, haben Sie schon Nachbarn kennengelernt?

"Nicht so gut Deutsch, nicht so gut Deutsch", sagt er, "Entschuldigung." Es folgen mehrere Varianten dieses Dialoges mit anderen Menschen, die den kurzen Weg zwischen Unterkunft und Einkaufszentrum entlangkommen.

Man würde natürlich gern auch mit Gerwin Stöcken selbst sprechen. Oder Sozialarbeiter aus der Unterkunft treffen. Oder die Menschen der Diakonie, die das Heim im Auftrag der Stadt betreiben. Aber das Rathaus scheint so

erschrocken von der Flut der Anfragen bundesweiter Medien, dass es erst mal die Zugbrücke hochklappt. Der Stadtteil sei "vor allem durch die zugespitzte Darstellung der Bild-Zeitung in Unruhe und Aufregung versetzt", schreibt ein Sprecher. Man wolle "Ruhe einkehren" lassen und deshalb aktuell keine Gesprächspartner vermitteln. Rund um die Unterkunft postieren sich Sicherheitsmänner und achten darauf, dass kein Journalist das Gelände betritt. Immerhin der Ortsbeirat, ein Gremium aus gewählten Ehrenamtlichen, ist sofort zu einem Treffen bereit. Der Vorsitzende von den Grünen und seine Stellvertreterin von der CDU führen unabhängig voneinander einmal um die Unterkunft herum. Den Fall schildern sie dabei im Wesentlichen identisch: Seit Monaten kämen immer wieder Menschen aus der Nachbarschaft in ihre Sitzungen und beschwerten sich. Über laute Musik spätnachts. Über unbeaufsichtigte Kinder auf den Straßen, die sich im Verkehr selbst gefährden. Über sehr viel Müll im Viertel, der Ratten und Möwen anziehe. Über einschüchterndes Gehabe einzelner Männer aus der Unterkunft. Und über die Diebstähle: Fahrräder würden geklaut, Blumen aus den Vorgärten. Und Famila und Aldi kämen kaum mehr hinterher mit den Anzeigen. Vom Müll ist rund um die Unterkunft gerade aber wenig zu sehen. Er scheint recht ordnungsgemäß verstaut in einer Reihe großer schwarzer Tonnen. Man habe kürzlich eine große nachbarschaftliche Sammelaktion organisiert, erzählt die CDU-Ortsbeirätin, anschließend habe es einen Umtrunk gegeben. Auch aus der Unterkunft hätten viele mitgemacht. Die Geflüchteten seien hinterher etwas enttäuscht gewesen: So viel Müll war da gar nicht. Kurz vorher hatten wohl die Kieler Abfallwirtschaftsbetriebe schon durchgeputzt. Übrig geblieben ist ein Fahrrad, das im Gebüsch liegt. Außerdem stehen ein paar Einkaufswagen auf der Wiese zwischen Unterkunft und Einkaufskomplex. An dessen Glasschiebetüren hängen innen laminierte Ausdrücke: das Piktogramm eines Einkaufswagens, rot durchgestrichen. "Not to-go", steht darunter. Eine Verkäuferin bei Aldi, die natürlich keine Interviews geben darf, sagt: Beobachten Sie einfach mal selbst. Sie zeigt auf ein paar Mädchen in knöchellangen Samtröcken. Eine setzt gerade der anderen eine Plastikspinne auf die Schulter. Sie stieben kreischend auseinander.

Die Bild-Zeitung legt unterdessen nach: "Staat kapituliert vor 'Puschen-Gang'". Viele der geflüchteten Roma kommen in Schlappen und Hausschuhen die paar Meter zum Einkaufen herüber. Wie übrigens, sieh da, auch dieses Paar, mal schnell als Deutsche gelesen, er in Adiletten, sie in Crocs. Sie schlappen nicht in Richtung Unterkunft, sondern hinaus zur anderen Seite des Komplexes, zum Parkplatz, wo die Golfs und Corsas und Dacia Dusters stehen, mit Kennzeichen aus Kiel, Plön und Eckernförde.

"Wer aus dem Kriegsgebiet kommt, soll hier zur Ruhe kommen dürfen"

Hier auf dem Parkplatz, an einer Wurstbude namens Die Wurstbude, stehen Bernie und Thomas, Bernie hinter der Theke, Thomas davor. Er habe heute schon mit mehreren Reportern gesprochen, sagt Bernie, er scheint die Aufmerksamkeit dieser Tage ein bisschen zu genießen. Er sei, sagt er, sogar schon von einem Kamerteam gefilmt worden. Welches, weiß er nicht mehr. Sat.1? Spiegel TV? Er sollte einfach mal erzählen und dabei schön weiter seine Würstchen wenden. "Und immer: nicht in die Kamera gucken!" Thomas: "Muss man der Linse ja auch nicht zumuten, nech?" Bernie sieht aus wie der Weihnachtsmann, mit grau-weißem Bart und fröhlich-roten Backen. Er findet, in der Wik müsse man mal so richtig aufräumen. Oder gleich in ganz Deutschland. "Wenns nach mir geht: alle wegschicken! Alle heim." Er setze da auf die AfD. "Mich sollte man mal zu Markus Lanz einladen!" "Dir sollte man mal die Lade zuhauen, so wie du redest", sagt Thomas. Er guckt zur hochgeklappten Wurstbudenluke.

"Wer aus dem Kriegsgebiet kommt, soll hier zur Ruhe kommen dürfen", findet Thomas. Aber es gebe nun mal tatsächlich Probleme hier. Der Müll, der Lärm, "die unterschiedlichen Mentalitäten". Er sei selbst oft in Bulgarien. "Die Roma haben es dort ja genauso schwer. Einerseits werden sie ausgegrenzt. Aber andererseits hat man auch nicht das Gefühl, dass sie sich integrieren wollen." So sei Zusammenleben eben kompliziert. Aber gut, mit Bernie halte er es ja auch irgendwie aus.

Beide sagen – da habe der Stöcken recht – von den 650 Menschen falle auch ihnen nur ein Bruchteil negativ auf. Die ominöse Gruppe der 30. Nur, wer die genau sein sollen und wie man an sie herankommt, das wissen auch Bernie und Thomas nicht.

Vielleicht wer bei der Polizei? Die

schreibt in ihrer Antwort aber erst mal: "Aus polizeilicher Sicht kann eine homogene Gruppe mit fester Struktur, die durch Straftaten auffällt, nicht bestätigt werden."

Jonathan ist 32 Jahre alt und lebt in einem Mehrfamilienhaus direkt gegenüber der Unterkunft. Ein aufgeräumt wirkender Mann – er arbeitet etwas mit Parkleitsystemen –, der in eine aufgeräumte Wohnung führt. Er ist einer derjenigen, die sich schon mehrfach an den Ortsbeirat gewandt haben: der Lärm, die durchwachten Nächte, weil plötzlich nachts die Musikanlagen aufgedreht würden. "Man will ja auch nicht der nörgelnde Nachbar sein", sagt Jonathan. "Aber regelmäßig durchschlafen wäre schon schön."

Er ist ein bisschen sauer, weil er genau das, was Sozialdezernent Gerwin Stöcken fordert, getan hat: Mehrfach sei er auf die neuen Nachbarn zugegangen, wenn er sich gestört gefühlt habe, habe versucht, per Google-Übersetzer ins Gespräch zu kommen. Bis zu diesem Abend im Sommer.

Da sei er gegen Mitternacht gerade mal wieder runtergegangen vors Haus, um ein paar Kindern zu verstehen zu geben, dass sie doch bitte ihre Musik unter seinem Fenster leiser drehen mögen, er wolle schlafen. Plötzlich sei ein Mann, Messer in der Hand, auf ihn zugestürmt. Ein anderer habe ihn gerade noch aufgehalten. "Ein paar Meter weniger und ich hätte ein Messer im Bauch haben können", sagt Jonathan.

Täter konnten nicht ermittelt werden

Kürzlich bekam er einen Brief von der Polizei. "Das Verfahren ist eingestellt worden, weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte", steht darin. "Das liest sich wie so ein Formdruck, den man auch bekommt, wenn einem das Fahrrad geklaut wurde", sagt Jonathan.

Seiner Meinung nach ist das Problem, dass überhaupt so viele Menschen zusammen in eine Unterkunft gesteckt würden. "Lieber hätte ich eine der Familien direkt hier im Haus in der Nachbarwohnung." Dann fiele sicher auch ihnen das Ankommen in der Gesellschaft leichter. "Und man weiß wenigstens, wo man im Zweifel klingeln muss", sagt er. Denn in der Unterkunft könne ein Täter sofort zwischen Hunderten Unschuldigen in die Anonymität verschwinden. Es sei, sagt die Polizei, in den vergangenen zwölf Monaten "eine hohe dreistellige" Zahl an Ermittlungsverfahren gegen Personen eingeleitet worden, die zum Zeitpunkt der Tat in der Unter-

kunft gemeldet waren. Insgesamt seien etwa 200 aktuelle oder ehemalige Bewohner in diesem Zeitraum durch Straftaten bekannt geworden. In den meisten Fällen, etwa einem Drittel, gehe es um Diebstahl. Ansonsten um Aggressionsdelikte, also Körperverletzungen oder Beleidigungen, um Hausfriedensbruch, Verkehrsverstöße, Ruhestörungen oder Meldungen wegen hinterlassenem Müll. Insgesamt also sieben-, acht-, neunhundert Ermittlungsverfahren – viel für ein Jahr und eine Unterkunft.

Die Bild-Zeitung veröffentlicht inzwischen den nächsten Artikel: "BILD zeigt die 'Puschen-Gang' von Kiel-Wik". Zu sehen sind Fotos von Frauen, wie sie rund um die Unterkunft und den Einkaufskomplex ihrem Alltag nachgehen. Die Gesichter sind verpixelt. Im Artikel findet sich keinerlei Hinweis, ob auch nur eine dieser Frauen zu den Personen zählt, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind.

Noch mal der Versuch, ins Gespräch zu kommen. Der ZEIT-ONLINE-Fotograf, der Russisch spricht und Ukrainisch versteht, soll dieses Mal dolmetschen. Drei junge Frauen sind Richtung Familia unterwegs. Sie heißen Alina, Angelina

und – "Lasst mich da lieber raus", sagt die Dritte. Ja, sie alle seien Roma aus der Ukraine. Alina komme aus der Region Dnipropetrowsk, Angelina aus Kiew. Ob sie mitbekommen haben, dass es hier gerade Unmut gebe in der Nachbarschaft? Na ja, sie hätte schon das Gefühl, dass die Deutschen dächten, "wir sind die Schlechten", sagt Alina. Auf TikTok habe sie gesehen, meldet sich Angelina, in den deutschen Medien heiße es, hier in Kiel seien "die Zigeuner" und würden die ganze Zeit klauen. Sie wünsche sich ein bisschen mehr Verständnis. Hier sei alles so streng. Zum Beispiel in der Schule. Wenn jemand in der Verwandtschaft gestorben sei und man bleibe zu Hause, gebe es direkt Ärger. "Man muss eine Entschuldigung bringen", sie lacht. Klar gebe es auch in der Unterkunft immer wieder Stress, aber das sei doch normal, bei so vielen unterschiedlichen Menschen.

Was sie sich wünschen? "Ich will nach Hause", sagt Alina. In der Ukraine hätten die Eltern wenigstens Arbeit gehabt, alles sei besser gewesen. "Hier ist es so schmutzig." Sie selbst würden einmal die Woche rund um die Unterkunft Müll

einsammeln, sagen sie. Sie kichern und albern herum, wirken nur leidlich interessiert an dem Gespräch.

Was sie in Deutschland störe, fragt der Fotograf, als gerade eine Frau mit Lastenrad vorbei möchte. Die drei nehmen die ganze Breite des Teerwegs ein. Sie schubsen einander der Frau in den Weg. Die grummelt, guckt säuerlich und schiebt ihr Rad über die Wiese. "Das stört uns", sagt eine der drei und nickt in Richtung der Passantin. Die pampigen Deutschen.

Später gibt der Stadtsprecher eine Erklärung heraus. Man prüfe zurzeit, "inwiefern die Gruppe auf verschiedene Unterkünfte in anderen Stadtteilen verteilt werden kann". Die meisten Medien packen fürs Erste zusammen. Der RTL-Kameramann hebt seine Linse noch mal ganz nah an einen Stachel aus dem Stacheldrahtzaun um die Unterkunft, gibt ja sonst nicht viel zu sehen. Irgendwo dahinter winkt plötzlich Angelina aus einem Fenster. Sie hält eine Malerrolle hoch. "Wir renovieren", ruft sie auf Russisch. Sie wird erst mal bleiben.

Wörter:

2274